

**04.09.2019 - Keine Minderjährigen in die Bundeswehr!**

## **Jugendschutz statt Rekrutierung**

*von Larissa Peiffer-Rüssmann*

Immer noch werden Jugendliche unter 18 Jahren für die Bundeswehr rekrutiert, mit steigender Tendenz. Dagegen hat sich nun eine Kampagne der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gemeinsam mit dem Kinderhilfswerk Terre des hommes gebildet. Das Motto lautet: «Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr.» Sie setzt sich für ein Verbot von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen ein.

Die Bundeswehr hat ihren Etat für Nachwuchswerbung in den letzten Jahren auf 35,2 Mio. Euro gesteigert. Die Jugendoffiziere und Karriereberater erreichen pro Jahr mehr als 200000 junge Menschen ? vor allem an Schulen. Die Folge dieser massiven Werbung: Immer mehr Minderjährige beginnen eine Ausbildung bei der Bundeswehr. Die Zahlen sind erschreckend: Seit 2011 sind es 11500 Auszubildende. Allein 2018 waren von 20012 eingestellten Soldatinnen und Soldaten 1679 minderjährig. «Bereits 15jährige Mädchen werden für einen Beruf umworben, der viele Risiken mit sich bringt, von Traumatisierungen bis zum Tod», so Ilka Hoffmann von der GEW. Mögliche Folgen werden ebenso verharmlost wie die verheerenden Auswirkungen von Kriegen für die Zivilbevölkerung. Mit der UN-Kinderrechtskonvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, ist diese Praxis nicht vereinbar. Und so gehört Deutschland zu der kleinen Minderheit der UN-Staaten, die immer noch Jugendliche rekrutieren.

Die GEW hat sich aus politischen, pädagogischen und kinderrechtlichen Gründen der Kampagne angeschlossen. Die Ausbildung an der Waffe ist mit Gefahren verbunden und Kriegseinsätze sind nicht nur gefährlich, sondern auch gesellschaftlich höchst umstritten. «Die Bundeswehr ist eben kein Arbeitgeber wie jeder andere. Wir reden von einem Arbeitsumfeld, in dem man lernt, Menschen zu töten», sagt Ilka Hoffmann von der GEW. Darüber an Schulen zu informieren, ist Teil der politischen Bildung und gehört in die Hände von ausgebildeten Lehrkräften.

Prinzipiell hat die Bundeswehr an Schulen nichts zu suchen. Vor allem aber geht es darum, Jugendliche über die Konsequenzen, die eine Ausbildung bei der Bundeswehr nach sich zieht, umfassend aufzuklären. Wer sich einmal bei der Bundeswehr verpflichtet hat, kann nicht einfach kündigen. Wer aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe nicht mehr ausüben will, muss mit hohen Rückzahlungen für die bereits in Anspruch genommene Ausbildung rechnen. Außerdem ist die Ausbildung nicht einfach auf das zivile Berufsfeld übertragbar und es ist nicht sicher, später einen Job zu finden.

Hinzu kommt, dass Soldaten nicht die gleichen Rechte haben wie im zivilen Bereich, z.B.



# ***Sozialistische Zeitung***

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97

redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de

das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und Leben. Die freie Meinungsäußerung und Willensbildung sind eingeschränkt, Gehorsamsverweigerung wird bestraft. Die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes ? das gibt die Bundeswehr selber zu ? können gar nicht eingehalten werden. Eine Armee ist kein Platz für Kinder und Jugendliche. Eine militärische Werbung an Schulen und in der Öffentlichkeit ist sofort einzustellen.